

Krakauer Zeitung.

Nr. 126.

Mittwoch den 6. Juni

1866.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-

Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Nedaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierwöchige Petition 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Einrichung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Insertat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Anzeigen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Mai d. J. dem Corporal Andreas Mezzotorta, des Infanterie-Regiments Freiherr von Bamberg Nr. 13, in Anerkennung seines entsloßnen Benehmens, wodurch ein in Gefahr gerathener Militärsreisenbahnhof vor wahrscheinlicher Verunglückung bewahrt wurde, das silberne Verdienstkreuz allergrößt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Mai d. J. die erledigte Präsesstelle bei dem Kreisgerichte in Böhmischi-Leipa dem Rathe des böhmischen Oberlandesgerichtes Rudolph Stein und die bei dem Oberlandesgerichte in Prag erledigten zwei Rathstellen den Titularoberlandesgerichtsräthen Carl Wessely und Carl Ritter v. Limbeck allergrößt zu verleihen geruht.

Die königlich ungarische Hofanzlei hat den Superintendenten am Königlichen Gymnasium zu Maria Theresiopol Stephan Frank zum wirklichen Lehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Beränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Im Infanterieregimente Albert Kronprinz von Sachsen Nr. 11: der Major Hermann Thour v. Fernburg zum Oberstleutnant;

der Hauptmann erster Classe Albert Baravalle Edler v. Brackenburg, des Infanterieregiments Ludwig III. Großherzog von Hessen-Nassau, zum Major;

im Infanterieregimente Konstantin Großfürst von Russland Nr. 18: der Major Carl Graf Ludolf zum Oberstleutnant;

der Hauptmann erster Classe Ernst Gajbula zum Major; im Infanterieregimente Ritter v. Benedek Nr. 28: der Major Friedrich Ritter v. Bouvard, des Infanterieregiments Freiherr v. Gruber Nr. 54, zum Oberstleutnant;

der Hauptmann erster Classe Hermann Scholze, des 30. Feldjägerbataillons, zum Major;

im Infanterieregimente Freiherr v. Gruber Nr. 54: der Major Hannibal Nahmaw, des Infanterieregiments Ritter v. Benedek Nr. 28, zum Oberstleutnant;

der Hauptmann erster Classe Alexander Heinrich zum Major; im Infanterieregimente Freiherr v. Nagy Nr. 70: der Major Gustav Kubin, des Infanterieregiments Wilhelm Herzog von Württemberg Nr. 73, zum Oberstleutnant;

im Infanterieregimente Wilhelm Herzog von Württemberg Nr. 73: der Hauptmann erster Classe Carl Döbler, des Pionnier-

corps, zum Major; im Infanterieregimente Graf Nobili Nr. 74: der in der Generalanzlei des Kriegsministeriums verwendete Major Wilhelm Binder, des Infanterieregiments Erzherzog Carl III., zum Oberstleutnant, mit Belastung in seiner gegenwärtigen Verwendung und Eintheilung in die Rangsevidenz dieses Regiments.

In der Fehlgertruppe:

die Hauptleute erster Classe: Adolph Wenko, des 15. Feldjägerbataillons, zum Major und Commandanten des 34. Feldjägerbataillons;

Joseph Schlosser, des 28. Feldjägerbataillons, zum Major und Commandanten dieses Bataillons;

Mathias Ritter v. Gaich, des 8. Feldjägerbataillons, zum Major und Commandanten des 33. Feldjägerbataillons;

Alexander Kuhn v. Kuhnenfeld, des Infanterieregiments Freiherr v. Bernstorff Nr. 16, zum Major und Commandanten des 36. Feldjägerbataillons;

August Edler v. Weissenberg, des Tiroler-Jägerregiments Kaiser Franz Joseph, zum Major und Commandanten des 37. Feldjägerbataillons, und

Carl Machalicky, des Tiroler-Jägerregiments Kaiser Franz Joseph, zum Major und Commandanten des 35. Feldjäger-

bataillons.

Im Uhlanenregimente Fürst Schwarzenberg Nr. 2: der Oberstleutnant Carl Gelau zum Obersten und Regimentscommandanten;

der Major Gustav Graf Waldek zum Oberstleutnant, und der Rittmeister erster Classe Ladislaus Freiherr v. Egloffstein zum Major.

Zum Militärfuhrwesenkorps:

zu Oberstleutnants die Majore:

Heinrich Syris und Johann Alker.

In der Monturbranche:

Ludwig Hoffmann, Commandant der Monturcommission zu Graz, und

Joseph Preuerreich, Commandant der Monturcommission zu Wien, feruer

zu Majoren die Hauptleute erster Classe:

Johann Edler v. Grafern, des Pioniercorps, zum Major und definitiven Commandanten des Militärlehrinstitutes, mit Eintheilung in die Rangsevidenz beim Infanterieregimente Graf Khevenhüller Nr. 35.

Johann Sutter von Abeltreu, des Infanterieregiments Gustav Prinz von Wasa Nr. 60, zum Major und Commandanten des Kadetteneinstitutes zu Linz, mit Belastung in der Rangsevidenz dieses Regiments;

Heinrich Klein, des Artillerieregiments Freiherr von Bernier Nr. 12, zum Major im Artillerieregimente Ritter von Büttner Nr. 11, mit Vorbehalt des Ranges für seine zur Beförderung geeigneten Vormäzner.

Übersetzung:

Der Oberstleutnant Georg Syrbü, Commandant des 28. Feldjägerbataillons, zum Infanterieregimente Ferdinand IV. Großherzog von Toskana Nr. 66.

Pensionierung:

Der Generalmajor und Truppenbrigadier Franz Baitz von Eggenberg auf seine Bitte.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 6. Juni.

Wie gestern nach dem „Moniteur“ erwähnt, enthält die Antwort Oesterreichs bezüglich der Conferenz gewisse Vorbehalte, welche vor Zusammentritt der Bevollmächtigten geprüft werden müssen. Diese Vorbehalte bestehen angeblich darin, daß Oesterreich die Discussion der Abtretung Veneziens nicht zugeben will. Auch eine Pariser Correspondenz der „Kreuzzeitung“ sagt, daß die Antwort Oesterreichs auf die Einladung zur Conferenz die Forderung des Ausschlusses der venezianischen Frage von den Gegentänden der Congressverhandlungen enthalte. Es ist nicht daran zu denken, bemerkt der Correspondent der „Kreuzzeitung“ weiter, daß die Grobmächte darauf eingehen werden. Daß Oesterreich überhaupt keine Neigung hat, den Congress zu beschicken, geht schon aus seiner Erklärung am Bunde hervor, durch welche es die schleswig-holsteinsche Frage, welche einen zweiten Gegenstand für den Congress bildet, gleichzeitig am Bunde abhängig gemacht hat. Für den Congress würde dann nur noch die deutsche Reformfrage übrig bleiben, welche selbstverständlich wenig Seiten zur Behandlung für die auswärtigen Mächte darbietet. Aus Berlin wird der „A. Z.“ gemeldet: Oesterreichs neuere Vorbehalte wegen Veneziens, welche die Friedensaussichten wieder erheblich getrübt, sind dem Vernehmen nach, dadurch veranlaßt worden, daß man in Wien Kenntniß davon erhalten hatte, die neutralen Mächte würden das Verlangen Oesterreichs (?), Schlesien als Object der Compensation zu behandeln, keineswegs unterstützen. Alle diese Angaben über den Inhalt des österreichischen Vorbehaltes scheinen unrichtig. Nach der „Wiener Abendpost“ knüpft Oesterreich die Zusage, auf dem Congresse zu erscheinen, lediglich an die Vorauslegung, daß keine Combination zur Verhandlung komme, welche einem der geladenen Staaten eine Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs verschaffe.

Die ablehnenden Vorbehalte Oesterreichs, bemerkt

die „N. Fr. Pr.“ ganz richtig, waren vorauszusehen.

Kein Staat, der sich selbst nicht aufgibt, kann unter

Bedingungen, wie die von Frankreich stillschweigend

gestellten, eine solche Conferenz beitreten. Das Schauspiel, daß ein Staat über sich förmlich Gericht hal-

ten läßt und anderen Mächten das Verfügungsberecht

über die Integrität seines Gebietes einräumt, wäre

ein Beispiel in der Geschichte aller Zeiten gewesen.

Man hat es dennoch gewagt, Oesterreich derlei anzusinnen. Man fragt jede der Conferenznächte, ob sie

unter solchen Voraussetzungen eine Conferenz ange-

nommen hätte, und wir sind überzeugt, daß Frank-

reich, England, Russland, Preußen und Italien dar-

auf mit einem lauten, entrüsteten Nein antworten

würden. Es ist nun mehr evident, daß sowohl das

Feldjäger-Cabinet als die Regierungen von Berlin

und Florenz den Conferenz-Vorschlag niemals ernst-

haft genommen haben. Napoleon und seine Bundes-

Größen wußten wohl, daß Oesterreich solche Confe-

rengbedingungen am allerwenigsten in dem Augenblick

unbedingt annehmen werde, wo es eine Armee von fast

1 Mill. Soldaten in Schlachtrinne aufmarschiren läßt.

In der Gicht, welche dem Fürsten Gortschakoff,

nach der „France“, so große Schmerzen bereitet, daß

er Petersburg nicht verlassen kann, sieht die „N. Fr. Pr.“ ein für Oesterreich günstiges Zeichen. Russland,

schrift die „Deb.“, soll die Reserven Oesterreichs voll-

ständig gebilligt haben und höchst wahrscheinlich werde

auch England keine Einwendung erheben.

Der „Courrier du Dimanche“ weist auf die Er-

klärungen hin, durch welche seit 1860 beinahe die gesamte Diplomatie Europas gegen einen

wenn man sagt, die Verträge geben Preußen und

Oesterreich das Recht zur Durchführung des Rechtes. Dies Recht möchte in Würdigung der

Mitverdienste Preußens um die Befreiung der Her-

zogthümer, in Würdigung seiner politischen Stellung

St. Simon gerichtete Note aus und wir lassen hier

als retrospective Illustration der heutigen Sachlage

die nachstehende Stelle mit den vom „Courrier de

Dimanche“ groß gedruckten Zeilen nachfolgen. Es

heißt in dieser preußischen Depesche: Unter den schwe-

benden Fragen befindet sich eine, welche Preußen ganz

besonders interessirt, insofern sie die Interessen und

die Sicherheit des deutschen Bundes berührt; es ist

dies die venezianische Frage. Ich habe hier nicht die

Absicht, die Frage vom strategischen Standpunkte aus

zu behandeln und zu untersuchen, ob der Besitz Be-

nugtions zur Sicherstellung des Defensivsystems von

Süd-Deutschland notwendig ist. Es handelt sich nur

darum, ob die bestehenden Verträge Oesterreich dieses

Besitztum zusichern und ob der Vertrag, ihm dieses

namentlich Preußen und Oesterreich im Sinne dieses

Rechtes über die Grundlagen des Definitivums ei-

nig geworden, dann allerdings hätte es vielleicht des

Bundes nicht bedurft, um auf der Basis des durch

den Wiener Frieden geschaffenen Dispositionskreches

der Grobmächte zu einer Entscheidung zu gelangen.

Alein alle Versuche Oesterreichs, Preußen für die

Lösung zu gewinnen, die das Wiener Cabinet im Ein-

klang mit fast ganz Deutschland als die dem Recht

entsprechende anerkennen mußte, sind gescheitert. Was

könnte natürlicher sein, als daß Oesterreich sich ent-

schloß, die älteren Rechte des Bundes, die durch die

Vereinbarungen mit Preußen nicht in Frage gestellt

Fenilleton.

—

Krakauer Kunstaustellung.

1866.

Alle Jahre mit den Zugvögeln ziehen auch die mährischen Werke stillen Fleiße, die Resultate geistiger Anstrengungen, die Produkte gewissenhafter Studien, fertiger Kunsträume hier ein, um in der Brüderstraße gesäßtig zu finden, dort in den Sälen des wohlbekannten Schausaales von fundiger Hand ausgestellt und von tausend Augen nachher geprüft, bekriftelt oder bewundert zu werden. Viele dieser Arbeiten machen den Weg von nah und ferne, oft von sehr entlegenen Metropolen der Kunst und wir sehen solche in diesem Jahr schon in der zehnten Ausstellung versammelt, die wir mit derselben Genauigkeit zu durchwandern beabsichtigen, der wir uns bei ihren Vorgängern beßtiffen. Gute Bekanntschaft, die wir im Verlauf der Jahre gemacht haben wir wieder und wenn wir diese Bekanntschaft nur kurz erneuern, ist es nur um mit desto größerer Muße neue machen zu können. Wir treten in medias res vor ein gefälliges nicht kleines Bild, das selbstbewußt den privilegierten ersten Platz gewichen. Man war nachgerade überrascht von der Schönheit seiner „Bäuerin“, die er alljährlich in erfunderisch ver- „Barbara“, „Glaia“, „Katia“ und andere große Bilder sich schledener Situation einsandte. Die „Lithauischen Flö-

dargestellt. Der „junge Kopfstricker auf dem Lande“ sieht vor der Thür, eine Gruppe Kinder schaut ihm neugierig zu; Stryjowski hat ihn uns aus Danzig gebracht, wie 1864 „Glaia“ und drei schon andere Gemälde, die ihm hier ebenso die Sympathie erworben, als in Berlin bereits 1855 sein Bild, auf dem „Mädchen beim Wäschen vom Sturm ereilt“ werden, als 1862 seine „Dan- ziger Juden in der Synagoge“ und die sonstigen Scenen aus dem Leben der Polen und der polnischen Juden, die der 30jährige in Düsseldorf geschulte Danziger Künstler seit 5 Jahren mit Vorliebe malt. Der kleine Gorai hat aber nicht nur im Bilde schon den weiten Weg von Berlin hierher gemacht, es ist derselbe, den Bogacki hier voriges Jahr im Conferenz ausgestellt und der sich vor

er lächelt und die Perlenchnur von Zähnen weiß, wie trefflich sich dabei eine gewisse Verschämtheit zeigt, die er dessen, was den Künstler frappirt, ist auch hier, wie wir vor seinem kleinen Publicum fühlt. Genauso deutlich malt es bei ihm gewohnt, erkennbar. Auch

werden konnten, frei walten zu lassen, dem deutschen Bunde die Entscheidung der Sache anheimzustellen? Preußen aber, so scheint es, könnte um so weniger eine begründete Einsprache gegen das Vorgehen Österreichs erheben, als es in seiner Stellung zur Frage geradezu durch alles an den Bund gewiesen ist. Durch Jahre hindurch hat es nicht als europäische Großmacht, sondern als Glied des deutschen Bundes an der Schleswig-holsteinischen Frage hervorragenden Anteil genommen, zur Bundesreunion ist es in den Kampf gegen Dänemark gezogen, ehe dieser durch die Halsstarrigkeit Dänemarks den Charakter eines Krieges angenommen. Es behauptet Ansprüche auf die Herzogtümer, bezüglich deren es unmöglich sich allein als Richter betrachten kann. Bestimmen nicht seine souveräne Wille und die augenblicklichen Vortheile, die es anstrebt, die obersten Grundsätze seiner Haltung, hat es sich noch einen Rest von bündestreuer Gesinnung bewahrt aus der Politik der Militärconventionen, der Einzelbündnisse, der Zetteleien mit fremden Mächten, dann wird es sich der Entscheidung des Bundes fügen, wie Österreich sich ihr zu führen entschlossen ist. Nicht die Rivalität gegen Österreich, die Quelle mehr als einer Verwickelung, kann heute seine Entschlüsse bestimmen. Denn Österreich hat sich individuell, ohne ein Recht Preußen zu verleihen, ohne der Schlussentscheidung zu präjudizieren, von der Weiterführung des Streites zurückgezogen. Es hat der Erhaltung des Friedens eine neue Bahn gebrochen. Weigert Preußen sich sie zu betreten, so ist diese Weigerung gegen den Bund gerichtet, es zerrißt das Band, das es an Deutschland fesselt, wenn es der Entscheidung des Bundes die Unterwerfung versagt. Möge man sich in Preußen über die Consequenzen klar sein, welche die nächsten Schritte des Berliner Cabinets nach sich ziehen müssen, mögen diese Schritte von wahrhaft deutscher Gesinnung dictirt werden, frei von jener Leidenschaftlichkeit und jener falschen Auffassung des preußischen Staatsberufes, die zu lange schon die Politik des Berliner Cabinets bestimmt haben.

In dem Rundschreiben, in welchem die kaiserliche Regierung den Cabineten die am Bunde abgegebene Erklärung mittheilt, soll sich dieselbe, wie das "Fambl." meldet, ausdrücklich gegen die Unterstellung vertheidigen, als hätte sie mit dieser Erklärung den Gasteiner Vertrag verletzt. Der Ton des Rundschreibens, meint dasselbe, dürfte wohl dem Inhalte des (oben citirten) "Abendpost"-Artikels entsprechen.

Vom Main, 2. Juni, schreibt man der "Augsb. Allg. Ztg.": Die gestrige Bundesversammlung ist für den Sieg der Bundespolitik in der Herzogthümernfrage epochenmachend geworden, indem Österreich den Entscheidung in die Hand des Bundes legte, wie es in seiner Note vom 16. März den bündestreuen Mittelstaaten es zugesichert hatte. Der Moment ist nun gekommen, wo Preußen hinsichtlich des Grundes seiner Kriegspolitik Farbe befehlen muß. Denn nachdem es dem gesunden Menschenstand doch gerade heißt, daß der gesunde Menschstand doch Unmögliches zumutmen, wenn Preußen, wie gestern wieder, sich hinter die Prioritätsfrage der Rüstungen verschrankt, wieder seine blos defensiven Zwecke behauptet, seine Abrüstung aber an die Bedingung bindet, daß der Bunde nicht blos Österreich und Sachsen vorhergehende Abrüstung durchsetze, sondern auch die preußische Bundesreform annehme, von welcher nur ein zusammenhangloses Titelverzeichniß in vielerdeutigen Schlagworten existiert, und deren Ausschusseratung geradezu unmöglich war, weil — der preußische Bundesstag-Gesandte fortwährend auf der Frankfurter-Berliner Bahn hin- und herfuhr, an seinem Posten aber fast ausschließlich bei Bundesversammlungen war. Dabei leugnet Preußen, gegenüber der österreichischen Erklärung, daß die Herzogthümernfrage der bis zu kriegerischen Drohungen gesteigerte Streitpunkt mit Österreich sei. Was soll man dazusagen, wenn man jetzt plötzlich hört: Preußen habe seine schleswig-holsteinischen Ziele nie mit Waffengewalt verfolgt? Existiert denn das Circular vom 24. März nicht? Haben es nicht die preußischen Offiziellen bis zum Ekel in die Welt hinausgeschrieben, daß für Preußen der Casus belli vorliege, sowie Österreich die Entscheidung der Herzogthümernfrage dem Bunde übergebe, oder auch sowie es die holsteinischen Stände einberufe? Nun thut

Österreich beides zugleich, beides, um seinen Streitpunkt als höchst befriedigend anerkennen. Die Mitteilung, daß Preußen Bayerns Vorschlag auf Neutralisierung der Bundesfestungen im Kriegsfall, Zustimmung der österreichischen und der preußischen Garnisonen daraus und ihre Erziehung durch Truppen anderer deutschen Staaten zugestimmt habe, ist nicht bedroht zu sein. Da plötzlich leugnet Preußen diesen Streitpunkt, da plötzlich bindet es seine Abrüstung an abseits gelegene, dem Kernpunkt fremde Bedingungen, welche der Bunde vorher zu erfüllen habe. Aber die principielle und begründende Ursache seiner Kriegspolitik neunt es trotz allem nicht, versteckt sich hinter Ausflüchte. Frei ich fatal mag's sein, daß es unterdessen mit Einfertigkeit den Congress angenommen hat; noch fataler wohl, daß auch der Bunde dort vertreten ist, daß diese Vertretung einstimmig beschlossen wurde und die preußische Politik sie nicht irgendwie verhindern konnte; am fatalsten vielleicht, daß auch der Bunde denselben Vorbehalt mache, wie verlesen worden. Bismarcks Depesche an Württemberg sage selbst, Preußen habe sich Ende März zu den Rüstungen entschlossen; dies constatire, als innerer deutscher Angelegenheiten, von den fremden Mächten anerkannt werde. Österreich und der Bunde stehen jetzt vollkommen auf einer Linie; selbst die norddeutschen Staaten des "preußischen Machtbereiches" lassen sich jetzt durch sanfte oder derbe Preffisio- nes nicht mehr aus der deutschen Bundesolidarität herausmanövriren. Die Stellungen sind so vollkommen klar, daß auch die vom sonderbündlerischen Neutralitätsgelüste Einzelner gern gehörte Berliner Document erlahmt, wonach der Bunde beim ersten Kanonenbeschuss eines preußisch-österreichischen Krieges de facto zurück auf die von Preußen in der Sitzung vom 24. Mai gemachte Neuherzung: "Die preußische Regierung habe es natürlich gesunden, daß die kais. österreichische und königl. sächsische Regierung sich bei der Antragstellung nicht beteiligt haben, da dieselben zuerst gerüstet und dadurch Anstoß zu der Reihe von Rüstungen gegeben haben, auf welche sich der vorliegende Antrag beziehe; sie hätte aber erwartet, daß aus demselben Gefühle auch die königl. württembergische Regierung sich der Beteiligung enthalten hätte. Der Antrag würde dadurch den der Sachlage entsprechenden Charakter einer Interpellation an diejenigen drei Regierungen erhalten haben, welche, ohne sich des Artikels XI der Bundesakte und des Artikels XIX der Schlüsse zu erinnern, Vorbereitungen für Selbsthilfe getroffen und dadurch die rein defensiven Rüstungen Preußens und in deren Verfolg die ganze gegenwärtige Spannung hervorgerufen haben" und so fuhr dann fort: "Die königl. württembergische Regierung kann zwar darüber den Ausdruck ihres Neinzug des Prinzen Carl als ein quasi-Abenteuer bezeichnet werden, welches man nur der Jugend des Prinzen zu Gute halten könne. Diese Auffassung ist unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens die Rüstungen der königl. preußischen Regierung veranlaßt habe. Der königl. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht den Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitigung bündesgrundgesetzlicher Bestimmungen durch ihre Vorgehens

Kundmachung. (581. 1)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, über Antrag der k. k. Staatsanwaltshaft, daß der Inhalt des Märzheftes (Nr. VII. Erste Nummer des zweiten Jahrganges) der vom Vereine: „Deutsche Freiheit und Einheit“ herausgegebenen Druckschrift: „Der deutsche Einwohner“, 15. März 1866. London und Hamburg, die Verbrechen der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des Kaiserlichen Hauses und der Störung der öffentlichen Ruhe nach den §§ 63, 64, 65, 66 St. G. begründet und verbietet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom k. k. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, am 8. Mai 1866.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der k. k. Rathsscretär:
Thallinger m. p.

Kundmachung. (574. 1-3)

Für den 1. September l. J. wird die Wahl eines Landtags-Abgeordneten aus dem Landgemeinden-Wahlbezirke Zywiec, Ślemień, Milówka ausgeschrieben.

Die Wahlmänner werden aufgesfordert, an diesem Tage zur Bannahme der Wahl bei dem Bezirksamt in Zywiec zu erscheinen.

Vom k. k. gal. Statthalterei - Präsidium.

Lemberg am 30. Mai 1866.

Der k. k. Statthalter

Franz Freiherr v. Paumgartten. mp.

Obwieszczenie.

Na 1 września r. b. rozpisuje się wybór posła do Sejmu z okręgu wyborczego gmin wiejskich powiatów Zywiec, Ślemień i Milówka.

Wzywa się przeto wyborców, aby rzeczonego dnia zebrały się w urzędzie powiatowym w Zywiec, celem przedsięwzięcia tego wyboru.

C. k. Prezydium Namiestnictwa.

We Lwowie, dnia 30 maja 1866.

C. k. Namiestnik:

Franciszek baron Paumgartten mp.

Kundmachung.

Aus Anlaß der gleichzeitigen Auszeichnung der Neuwahl eines Landtagsabgeordneten in dem Landgemeinden-Wahlbezirke Zywiec, Ślemień, Milówka für den 1. September d. J. wird hiermit auf Grund des §. 22 der

k. k. D. das Verzeichniß der in diesem Wahlbezirke nach den Bestimmungen des §. 14 der k. k. D. als Wahlmänner berechtigten Besitzer landästlicher Güter mit dem Besitz verlautbart, daß Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage der Kundmachung an gerechnet, beim k. k. Statthalterei - Präsidium in Lemberg eingebracht werden können, und daß Reclamationen, die nach Ablauf dieser Frist einlangen, als verpätet werden zurückgewiesen werden.

Der Ort und die Stunde der Wahlhandlung wird den Wahlberechtigten in den ihnen zukommenden Legitimationsskarten bekannt gegeben werden.

Vom k. k. Statthalterei - Präsidium.

Lemberg, am 30. Mai 1866.

Der k. k. Statthalter

Franz Freiherr v. Paumgartten mp.

Obwieszczenie.

Z powodu równoczesnego rozpisania na dzień 1 września r. b. wyboru poselskiego w okręgu wyborczym gmin wiejskich powiatów Zywiec, Ślemień i Milówka ogłasza się niniejszym na podstawie § 22 ordynacji wyborczej wykaz posiadaczy dóbr tabularnych uprawnionych do wyboru postaw w tymże okręgu wyborczym podług § 14 ordynacji wyborczej z tym dodatkiem, że reklamacje przeciw tej liście mogą być wniesione do c. k. Prezydium Namiestnictwa we Lwowie w przeciągu dni 14 licząc od dnia tego obwieszczenia. Reklamacje wniesione po upływie tego terminu jako spóźnione zostaną odrzucone.

O miejscu i godzinie przedsięwzięcia wyboru zostaną zawiadomieni uprawnieni do wyboru karta legitymacjnymi.

Od c. k. galic. Prezydium Namiestnictwa.

We Lwowie, dnia 30 maja 1866.

C. k. Namiestnik:

Franciszek baron Paumgartten mp.

Verzeichniß

der in dem Landgemeinde-Wahlbezirke: Saybusch-Ślemień-Milówka nach den Bestimmungen des §. 14. der Landtagswahlordnung zur Teilnahme an der Wahl des Landtagsabgeordneten, als Wahlmänner berechtigten Besitzer landästlicher Güter.

W y k a z

posiadaczy dóbr tabularnych, uprawnionych do wyboru posła sejmowego wedle § 14. ordynacji wyborczej w okręgu wyborczym gmin wiejskich, powiatów: Zywiec-Ślemień-Milówka.

Bom. k. k. Landesgericht in Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, über Antrag der k. k. Staatsanwaltshaft, daß der Inhalt des Märzheftes (Nr. VII. Erste Nummer des zweiten Jahrganges) der vom Vereine: „Deutsche Freiheit und Einheit“ herausgegebenen Druckschrift: „Der deutsche Einwohner“, 15. März 1866. London und Hamburg, die Verbrechen der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des Kaiserlichen Hauses und der Störung der öffentlichen Ruhe nach den §§ 63, 64, 65, 66 St. G. begründet und verbietet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom k. k. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, am 8. Mai 1866.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der k. k. Rathsscretär:
Thallinger m. p.

3. 10438.

Edikt.

(571. 3)

Bom. k. k. Landesgericht in Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, über Antrag der k. k. Staatsanwaltshaft, daß der Inhalt des Märzheftes (Nr. VII. Erste Nummer des zweiten Jahrganges) der vom Vereine: „Deutsche Freiheit und Einheit“ herausgegebenen Druckschrift: „Der deutsche Einwohner“, 15. März 1866. London und Hamburg, die Verbrechen der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des Kaiserlichen Hauses und der Störung der öffentlichen Ruhe nach den §§ 63, 64, 65, 66 St. G. begründet und verbietet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Kraków, am 2. Juni 1866.

Edikt.

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na doniesienie przez Henryka Soblika, protokołowanego kupca w Krakowie o wstrzymanie wypłaty zarządu względem całego ruchomego i nieruchomości w kraju koronnych, dla których ustanowiona z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p., obowiązująca, znajdującej się majątku, postępowanie ugodne, mianuje zarządem c. k. notaryszem p. Źuka Skarżewskiego komisarzem sądowym do uskutcznienia zajęcia, sporządzenia inwentarza majątku, tudzież do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgłoszenia się wierzyścieli i wezwanie do układu ugodnego oddziennie ogłoszi, że jednak każdemu wierzyściowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 powołanej ustawy zgłosić się bezwłocznie.

Kraków, dnia 2 czerwca 1866.

5. 3975.

Edikt.

(574. 1-3)

C. k. Sąd krajowy jako Sąd handlowy w Krakowie na doniesienie przez Henryka Soblika, protokołowanego kupca w Krakowie o wstrzymanie wypłaty zarządu względem całego ruchomego i nieruchomości w kraju koronnych, dla których ustanowiona z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. p., obowiązująca, znajdującej się majątku, postępowanie ugodne, mianuje zarządem c. k. notaryszem p. Źuka Skarżewskiego komisarzem sądowym do uskutcznienia zajęcia, sporządzenia inwentarza majątku, tudzież do przeprowadzenia postępowania ugodnego z tą uwagą, że tenże komisarz sądowy termin do zgłoszenia się wierzyścieli i wezwanie do układu ugodnego oddziennie ogłoszi, że jednak każdemu wierzyściowi wolno jest z pretensjami swemi ze skutkiem § 15 powołanej ustawy zgłosić się bezwłocznie.

Kraków, dnia 2 czerwca 1866.

6. 5456.

Edikt.

(572. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

miany k. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Gaszyńskiego, że prze-

Amtsblatt.

3. 3645.

Kundmachung.

(564. 1-3)

Zu Folge Ermächtigung des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft werden mit Schlus des Monates Mai die auf der Route zwischen Bochnia und Leutschau über Neu-Sandec verkehrenden Postcurse, namentlich die tägliche Mallepost zwischen Bochnia und Neu-Sandec dann die wöchentlich zweimalige Mallepost zwischen Neu-Sandec und Leutschau und die wöchentlich fünfmalige Reitpost zwischen Neu-Sandec und Leutschau, in ihrem derzeitigen Bestande aufgelöst, dagegen mit Beginn des Juni 1866 eine wöchentlich viermalige Mallepost und eine wöchentlich dreimalige Reitpost zwischen Bochnia und Leutschau, dann eine wöchentlich dreimalige Mallepost und eine wöchentlich viermalige Reitpost zwischen Bochnia und Neu-Sandec eingeführt.

Diese und hiermit in Verbindung stehenden Postcurse zwischen Neu-Sandec und Szczawnica werden in nachstehender Ordnung verkehren:

I. Mallepost zwischen Bochnia und Leutschau.

Von Bochnia	Montag	Sonntag	Von Leutschau	Montag	Sonntag
	Mittwoch	Früh,		Mittwoch	Früh,
	Freitag			Freitag	
	Samstag			Samstag	
in Limanów	Montag		in Keszmark	Montag	
	Mittwoch	10 Uhr 30 Min.		Mittwoch	10 Uhr 30 Min.
	Freitag	Vormittag,		Freitag	Abends,
	Samstag			Samstag	
in Neusandec	Montag		in Alt-Sandec	Montag	
	Mittwoch	1 Uhr 10 M.		Dinstag	
	Freitag	Nachmittag,		Donnerstag	
	Samstag			Samstag	
in Alt-Sandec	Montag		in Neu-Sandec	Montag	
	Mittwoch	3 Uhr 10 M.		Dinstag	
	Freitag	Nachmittag,		Donnerstag	
	Samstag			Samstag	
in Keszmark	Dinstag		in Limanow	Montag	
	Donnerstag	1 Uhr 5 M. Früh,		Dinstag	
	Samstag			Donnerstag	
in Leutschau	Sonntag		in Bochnia	Sonntag	
	Dinstag	4 Uhr 50 M. Früh.		Montag	
	Donnerstag			Dinstag	
	Samstag			Donnerstag	
	Sonntag			Samstag	

Gehet ab von Bochnia nach Ankunft des Nachmittagszuges aus Lemberg.

Gehet von Neu-Sandec um 12 Uhr Mittag nach Bochnia weiter. Influit in Bochnia zum Abendzuge von Krakau nach Lemberg.

II. Reitpost zwischen Bochnia und Leutschau.

Von Bochnia	Sonntag	Dienstag	Von Leutschau	Dienstag	Sonntag
	Dienstag	6 Uhr Früh,		Donnerstag	7 Uhr Abends,
	Donnerstag			Samstag	
in Limanow	Sonntag	10 Uhr 30 M.	in Keszmark	Dienstag	10 Uhr 30 M.
	Dienstag	Vormittag,		Donnerstag	Abends,
	Donnerstag			Samstag	
Neu-Sandec	Sonntag	1 Uhr 10 M. Nach-	Alt-Sandec	Mittwoch	7 Uhr 45 M. Früh,
	Dienstag	mittag,		Freitag	
	Donnerstag			Samstag	
Alt-Sandec	Sonntag	2 Uhr 25 M. Nach-	Neu-Sandec	Mittwoch	9 Uhr 5 M. Vor-
	Dienstag	mittag,		Freitag	mittag,
	Donnerstag			Samstag	
Keszmark	Sonntag	12 Uhr Mitternacht,	Limanow	Mittwoch	2 Uhr 45 M. Nach-
	Dienstag			Freitag	mittag,
	Donnerstag			Samstag	
Leutschau	Montag		Bochnia	Mittwoch	7 Uhr 25 M.
	Mittwoch	3 Uhr 45 M. Früh.		Freitag	Abends,
	Freitag			Samstag	

Gehet ab von Bochnia nach Ankunft des Nachmittagszuges aus Lemberg.

Gehet von Neu-Sandec um 12 Uhr Mittags weiter. Influit in Bochnia zum Abendzuge von Krakau nach Lemberg.

III. Mallepost zwischen Bochnia und Neu-Sandec.

Von Bochnia	Montag	11 Uhr 30 Min.	Von Neu-Sandec	Sonntag	7 Uhr Abends,
	Mittwoch	Abends,		Mittwoch	
	Samstag			Freitag	
	Dinstag			Sonntag	
in Limanow	Donnerstag	4 Uhr Früh,	in Limanow	Mittwoch	9 Uhr 45 M. Abends
	Samstag			Freitag	
	Dinstag			Samstag	
Neu-Sandec	Donnerstag	6 Uhr 40 M. Früh.	Bochnia	Montag	2 Uhr 25 M. Früh.
	Samstag			Donnerstag	

Gehet ab von Bochnia nach Ankunft des Abendzuges aus Krakau.

Influit in Bochnia zum Abendzuge aus Lemberg nach Krakau.

IV. Reitpost zwischen Bochnia und Neu-Sandec.

Von Bochnia	Sonntag	11 Uhr 30 Min.	Von Neu-Sandec	Sonntag	7 Uhr Abends,
	Dinstag	Abends,		Dinstag	
	Donnerstag			Donnerstag	
	Freitag			Samstag	
in Limanow	Montag	4 Uhr 10 Min.	in Limanow	Sonntag	9 Uhr 45 Min.
	Mittwoch	Früh,		Dienstag	Abends,
	Freitag			Donnerstag	
	Samstag			Samstag	
Neu-Sandec	Montag	6 Uhr 55 Min.	Bochnia	Dinstag	2 Uhr 40 Min.
	Mittwoch	Früh.		Mittwoch	
	Freitag			Freitag	
	Samstag			Sonntag	

Gehet ab von Bochnia nach Ankunft des Abendzuges aus Krakau.

Influit in Bochnia zum Abendzuge aus Lemberg nach Krakau.

V. Cariolpost zwischen Neu-Sandec und Krościenko.

Von Neu-Sandec	Sonntag	7 Uhr 40 Min. Früh,	Von Krościenko	Sonntag	10 Uhr 30 M. Vor-
	Dinstag			Mittwoch	mittag,
	Donnerstag			Freitag	
	Samstag			Sonntag	
in Krościenko	Sonntag	2 Uhr 50 Min. Nach-	in Neu-Sandec	Mittwoch	5 Uhr 40 M. Nach-
	Dinstag	mittag.		Freitag	mittag,
	Donnerstag			Samstag	
	Samstag			Sonntag	

Gehet ab von Neu-Sandec eine Stunde nach Ankunft der Abendpost aus Bochnia.

Influit in Neu-Sandec zur Abendpost nach Bochnia.

(564. 1-3)

VI. Botenfahrrpost zwischen Krościenko und Szczawnica.

Bon Szczawnica	Sonntag	9 Uhr 15 M. Vor-	Bon Krościenko	Sonntag	10 Uhr 45 Min.
	Mittwoch	mittag,		Mittwoch	
	Freitag			Freitag	
	Sonntag			Sonntag	
in Krościenko	Montag	10 Uhr Vormittag.	in Szczawnica	Montag	11 Uhr 45 Min.
	Mittwoch			Mittwoch	
	Freitag			Freitag	

Influit in Krościenko zur Cariolpost nach Neu-Sandec.

VII. Cariolpost zwischen Neu-Sandec und Szczawnica.

Von Neu-Sandec	Für die Zeit vom 1. Juni bis letzten September.	Von Szczawnica	Für die Zeit vom 1. Juni bis letzten September.
	7 Uhr 40 M. Früh,	4 Uhr 5 M. Nachmittag.	9 Uhr 30 M. Vormittag,

Gehet ab von Neu-Sandec eine Stunde nach Ankunft der Abendpost aus Bochnia.

Retourrit von Krościenko nach Szczawnica.

Bei den Mallefahrt zwischen Bochnia und Leutschau, dann zwischen Bochnia und Neu-Sandec bleibt die Passagiersaufnahme auf die Plätze des Mallewagens beschränkt. Die Passagiersgebühr beträgt pr. Person und pr. Meile vierzig Groschen (46) Kreuzer.

Nach der bisherigen Cursordnung haben zum letzten Male abzugehen:

am 29. Mai die wöchentlich zweimalige Mallepost von Neu-Sandec nach Leutschau;

am 30. Mai die wöchentlich zweimalige Mallepost von Leutschau nach Neu-Sandec;

am 31. Mai die tägliche Mallepost von Bochnia nach Neu-Sandec, die wöchentlich fünfmalige Reitpost von Neu-Sandec nach Leutschau und von Leutschau nach Neu-Sandec;

am 1. Juni die tägliche Mallepost von Neu-Sandec nach Bochnia.

Nach der neuen Cursordnung hat zum ersten Male abzugehen:

am 1. Juni die wöchentlich viermalige Mallepost von Bochnia nach Leutschau, die wöchentlich viermalige Reitpost von Bochnia nach Neu-Sandec, die wöchentlich dreimalige Reitpost von Leutschau nach Bochnia und die tägliche Cariolpost von Neu-Sandec nach Szczawnica;

am 2. Juni die wöchentlich dreimalige Mallepost von Bochnia nach Neu-Sandec, die wöchentlich viermalige Reitpost von Neu-Sandec nach Bochnia, die wöchentlich dreimalige Reitpost von Bochnia nach Leutschau und die tägliche Cariolpost von Szczawnica nach Neu-Sandec;

am 3. Juni die wöchentlich dreimalige Mallepost von Neu-Sandec nach Bochnia und die wöchentlich viermalige Mallepost von Leutschau nach Bochnia.

Zur Ergänzung der täglichen Fahrrpostgelegenheit von Neu-Sandec und Bochnia wird in Neu-Sandec am 2. Juni nach dem Eintritt der Reitpost aus Leutschau ddo. 1. Juni eine Mallepost nach der neuen Cursordnung, nämlich um

znacza się termin dnia 14 sierpnia 1866 o godzinie 10 w tutejszym Sądzie celem ułożenia warunków licytacyjnych ułatwiających, na który to termin wszystkich wierzycieli na rzeczonej realności prawo hipoteki mających z tym dodatkiem się wzywa, że niestawający do większości głosów tych, którzy stana, doliczeni będą.

Po tym odbytym terminie nastąpi rozpisanie licytacji w trzecim terminie, na którym rzeczona realność ponizej ceny szacunkowej najwięcej ofiarującemu sprzedana będzie.

Wyciąg tabularny, reszta warunków licytacji i akt szacunkowy w tutejszo-sądowej rejestraturze, a podczas licytacji przy komisji sądowej do przedsięwzięcia téże licytacji wyznaczony w osobie pp. c. k. konsyliarzy Bolberita i Kumera przejrzec można.

O tem zawiadamia się wszystkich wierzycieli hipotecznych i stronę przeciwną, wszystkich zaś, którzyby po 30 października 1865 prawo hipoteki ożyskali, lub którym dla jakiegoś przyczyny uchwała doręczona być nie mogła, przez edyktu i kuratora w osobie p. adwokata Dra. Jarockiego z substytucją p. adwokata Dra. Bandrowskiego.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 26 marca 1866.

3. 14484. **Kundmachung.** (580. 1-3)

Im Grunde Decrets des hohen f. f. Staatsministeriums vom 18 März 1866 § 1452/St. M. findet die f. f. Statthalterei-Commission einvernehmen mit der f. f. Finanz-Landes-Direction die Bemautung der ausgebauteen zwei Meilen langen Strecke der Słotwina-Brzesko-Sandec'er Landesstraße nach der II. Classe des Aerarial-Wegmauth-Tarifes mit der Auffstellung eines Wegmauthschranks bei der herrschaftlichen Mühle in Gnojnik im $\frac{1}{100}$ des $\frac{1}{4}$ der 2. Meile, ferner die Bemautung der im Zuge derselben Straßentrecke befindlichen zwei Brücken und zwar Nr. 4 zwischen Brzesko und Okocim, dann Nr. 20 zwischen Poremba und Uszew nach der II. Classe des für Aerarial-Brückenmauthen geltenden Tarifes mit einem Brückenmauthschranks bei der Brücke Nr. 4 im $\frac{1}{100}$, $\frac{1}{4}$ der 1. Meile zu Gunsten der Concurrenz-Parteien dieser Straßenzuges auf die Dauer von 5 Jahren, d. i. vom 1. Juli 1866 angefangen, gegen Beobachtung der bei Aerarialmauthen bestehenden Mauth-Befreiungen zu bewilligen und zu gestatten, daß bis zur Errichtung eines Mauthhauses an der Brücke Nr. 4, der Brückenmauthschranks provisorisch am Eingange in die Stadt Brzesko im $\frac{1}{100}$ oder $\frac{3}{100}$ des $\frac{1}{4}$ der 1. Meile errichtet werde.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.
Bon der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 31. Mai 1866.

Obwieszczenie

Na mocy rozporządzenia wysokiego c. k. Ministerstwa stanu z dnia 18 marca b. r. I 1452/M. S., zezwala c. k. Komisja namiestnicza w porozumieniu z c. k. Dyrekcją krajową skarbu na obmycenie wybudowanej części dwumilowej gościnka krajuowego od Słotwiny na Brzesko do Sącza prowadzącego wedle II klasy taryfy rządowej dla poboru myta drogowego z postawieniem rogatki drogowo-mytniczej przy dworskim młynie w Gnojniku, w $\frac{9}{100}$, $\frac{1}{4}$, 2 mili, oraz na obmycenie w ciągu téj drogi istniejących dwóch mostów nr. 4 między Brzeskiem i Okocimem, tudzież nr. 20 między Porembą i Uszwią z jedną rogatką mostowo-mytniczą przy moście nr. 4 w $\frac{9}{100}$, $\frac{1}{4}$, 1 mili z poborem należności wedle II klasy taryfy rządowej dla poboru myta mostowego na rzecz konkurencji téj drogi krajowej na lat pięć, to jest od 1 lipca 1866 r. począwszy pod warunkiem uwzględnienia uwolnień od poboru myta przy mytach rządowych ustawami zastrzeżonymi.

Przytém zezwala się, aby do czasu wybudowania domu mytniczego przy moście nr. 4 rogatka mostowa tymczasowo przy Brzesku w $\frac{9}{100}$ lub $\frac{9}{100}$, $\frac{1}{4}$, 1 mili prowizorycznie postawiona była.

Co się niniejszym podaje do powszechniej wiadomości.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, 31 maja 1866.

L. 6764. **E dy k t.** (548. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski ogłasza publicznie, iż celem zaspokojenia pretensi p. Franciszka Zassowskiego w kwocie 5000 zł. m. k. czyli 5250 zł. w. a. z procentem 6% od dnia 1 kwietnia 1858, kosztem w ilościach 3 zł. 50 kr., 11 zł. m. k. 134 zł. 13 kr., 59 zł. 48 kr., 103 zł. 66 kr., 6 zł. 98 kr., 16 zł. 20 kr. w. a. tudzież kosztami w kwocie 24 zł. 10 kr. w. a. obecnie przyznanymi, przymusowa sprzedaż $\frac{1}{5}$ części dóbr Gorzejowa góra i średnia, p. Bolesława Goławskiego i p. Klementyna Goławskiego Kozieradzkiej własności będącej pod następującymi warunkami, dnia 17 lipca 1866 o godz 10 zrana odbrędzanie się.

1. Rzeciona $\frac{1}{5}$ część dóbr Gorzejowa góra i średnia, przedaną zostanie na powyższym terminie i niżej ceny szacunkowej, w kwocie 3685 zł. 30% kr. sądowinie wypośrodkowanej, a to za cene, jaką kto ofiaruje.

2. Ta $\frac{1}{5}$ część sprzedaje się ryczałtem z wyłączeniem prawa wynagrodzenia za powinności urbarynalne.

3. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacji złożyć do rąk komisji licytacyjnej tytułem wadym kwotę 500 zł. w. a. jako zakład w gotówce lub w listach zastawnych towarzystwa kredytowego galicyjskiego lub publicznych na okaziciela opiewających obligacyjnych rządowych podług ostatniego kursu, wszakże nigdy nad nominalną wartością licząc do rąk komisji licytacyjnej złożyć.

4. Skoro kupiec pierwszą trzecią część ceny kupna złoży, tenże w fizycznego posiadanie kupionych dóbr na jego koszt i to nawet bez prośby wprowadzony zostanie, jemu dekret własności wydanym, tenże za właściciela kupionych dóbr intabulowanym i oraz wszystkie załatwione ciężary, wyjawyszy ciężary gruntowe, które kupiec bez odtrącenia od ceny kupna na siebie przyjąć jest obowiązany, ze stanu biernego tychże dóbr zmazane i na cenę kupna przeniesione zostaną.

Jeżeli kupiec wykaże się zezwoleniem którego wierzycieli, że mu swój kapitał cenę kupna pozwoli, nadal na hipotece pozostawić chce, w takim wypadku taka pozostawiona wierzycielność nie będzie ekstabulowana, lecz z ceny kupna potrąconą zostanie; wszelako pierwszą jedną trzecią część ceny kupna i w tym wypadku kupiec w całości złożyć.

Przegląd reszty warunków sprzedaży, aktu oszczędzania i wyciągu tabularnego odbyć można przed licytacją w t. s. rejestraturze, a w dzień licytacji w komisji do czynu sprzedaży delegowanej.

O czym się popierających egzekucję, dłużniczkę, wierzycieli hipotecznych, tudzież wierzycieli, którzy po dniu 15 lipca 1865 r. dla swych pretensi prawo hipoteki uzyskali, lub którym uchwała licytacyjna nie dość wcześniej lub wcale nie była doręczona, na ręce ustanowionego kuratora p. adw. Dr. Grabczyńskiego uwiadomia.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 3 maja 1866.

tacyjnym zaraz po ukończeniu licytacji zwróconym zostanie.

4. Najwiecji ofiarujący obowiązany jest, w przeciągu dni 30 po doręczaniu uchwały, mocą której akt licytacyjny do Sądu przyjęty został, trzecią część ceny kupna do tutejszego depozytu sądowego złożyć, w którym w gotówce złożony zakład wliczony, zaś w efekcie obligacyjnych złożony zakład kupicielowi po złożeniu w gotówce trzecią części ceny kupna wróconym będzie.

5. Zaraz po wypełnieniu tego warunku (art. 4) najwiecji ofiarującemu, nawet gdyby tego nie żądał, dekret własności $\frac{1}{5}$ części kupionych dóbr z wyjątkiem wynagrodzenia za zniscone powinności ustanowioną, z którym spór wycoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującej przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem współ-

pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanał, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi powiatowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki saa sobie przypisać by musiał.

6. Reszta warunków licytacji wolno jest chęć kupienia mającym, wraz z aktiem oszczadzaniem i wyciągiem tabularnym w tutejszo-sądowej rejestraturze, a w dzień licytacji u delegowanej komisji licytacyjnej przejrzeć lub odpisać.

O czym się strony interesowane, tudzież wszystkich wierzycieli hipotecznych do rąk własnych, zaszczyt i miejsca pobytu niewiadomych, na ręce ustanowionego kuratora p. adw. Dra. Bandrowskiego edyktami uwiadomia.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 3 maja 1866.

L. 6547. **E dy k t.** (559. 1-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski rozpisuje celem zaspokojenia uzyskanego przez spadkobierców Jana Fuchsa przeciw p. Olimpii hr. Bobrowskiemu sumy 16465 zł. w. resztującym sumie 13137 zł. 15 gr. czyli 3284 zł. 37 kr. w. a. z przyn. publicznej sprzedaży dóbr Radomysł z przyległościami Partyń, Ruda góra i dolina tudzież dóbr Dulca w obwodzie Tarnowskim leżących w jednym terminie, a to dnia 3 lipca 1866 o godzinie 10. zrana, pod następującymi, w protokole komisji z 27 lutego 1866 do 1. 318 poszczególnie nimi warunkami przedział ułatwiającemi a mianowicie:

1. Przedaż rzeczywistych dóbr dzieje się ryczałtem i odbrędzie się w powyższym terminie i później ceny szacunkowej w sumie 223.119 zł. 4 kr. w. a. wypośrodkowanej.

2. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacji złożyć do rąk komisji licytacyjnej tytułem wadym kwotę 500 zł. w. a. jako zakład w gotówce lub w listach zastawnych towarzystwa kredytowego galicyjskiego lub publicznych na okaziciela opiewających obligacyjnych rządowych podług ostatniego kursu, wszakże nigdy nad nominalną wartością licząc do rąk komisji licytacyjnej złożyć.

Nakoniec dozwala się chęć kupienia mającym resztę warunków, akt szacunkowy i wyciąg tabularny realności na sprzedaż wystawionej w tutejszo-sądowej rejestraturze przejrzec lub w odprawie podnieść.

O téj rozpisanej licytacji uwiadawia się p. Antonine Tapkowską, Franciszka Jakubowskiego, Mindla Rosenthal, Chaima Kleinhändler, Andrzeja Jakubowskiego, Wiktorię Jakubowską, masę Nechy Kleinhändler, nieznajomym wierzycielom, jakoto: Apolonię z Jakubowskich Szymkiewiczową i Maryannę z Jakubowskich Szymańską, wszystkich tych wierzycieli hipotecznych, którym uchwała o pozwołonej reliktyacy albo całkiem nie, lub za późno doręczoną została, jakoté i tych wierzycieli, którzy dopiero po dniu 17. września 1864 do ksiąg hipotecznych wpisani zostali z tem dodatkiem, że im jako kurator adwokat tutejszy krajowy Dr. Grabczyński z substytucją adwokata krajowego Dr. Kaczkowskiego nadany został.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 29 marca 1866.

L. 7229. **Obwieszczenie.** (547. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż oświadczenie spadkobiercy Floryana Karola dw. im. Mikicińskiego, a mianowicie: pełnoletni Roman Teodor Emil Floryan 4 im. Mikiciński, małolatka Teodora Marya 2 im. Mikicińska przez oniejsze opiekunkę Pulchery Mikicińską i p. Antoni Ciepliński, przeciw p. Eliasowi z Granowa Wodzickiemu, a w razie śmierci jego przeciw spadkobiercom onegoż, o eksTABULACE sum 4361 zł. i 78 zł. 28 gr. z przyn. w stanie biernym części dóbr Radgoszcz "wielki dwór" Dom. 118, pag. 347, n. 4 on. intabulowanych skarby wniosły i o pomoc sądową prosili, wskutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 28 czerwca 1866 o godz. 10 zrana został wyznaczony.

Ponieważ pobyt zapozwanego jest niewiadomy, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczenstwo zapozwanego tutejszego p. adw. Dra. Grabczyńskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Serdy na kuratora, z którym wnieziony spór według ustawy cywilnej dla Galicyi przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktem przypominamy się zapozwanemu, aby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońce obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczej z jego opóżnieniem wynikające skutki sam sobie przypisać musia.

Tym edyktem przypominamy się zapozwanemu, aby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońce obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczej z jego opóżnieniem wynikające skutki sam sobie przypisać musia.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 3 maja 1866.